

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Nr. 259

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Preussland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 14. April.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1893

Deutscher Reichstag.

74. Sitzung vom 13. April, 1 1/4 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation der Abgg. Menzer u. Gen. den deutschen Tabakbau betreffend. Dieselbe lautet: „Beabsichtigen die verbündeten Regierungen angesichts des im letzten Jahre überraschend zu Tage getretenen des Rückganges deutschen Tabakbaues demnach gesetzgeberische Maßregeln vorzuschlagen, die geeignet sind, diesen Rückgang und den damit unabwendbar verbundenen Ruin weiterer Kreise unserer deutschen Tabakbauer aufzuhalten?“

Staatssekretär Frhr. v. Malsahn erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Der Interpellant verbreitet sich über den Rückgang des deutschen Tabakbaues, der sich namentlich in Baden, in der Pfalz und in den Rheinländern zeigt, und führt denselben auf unsere fehlerhafte Zoll- und Steuergesetzgebung zurück, welche die ausländische Konkurrenz nicht genügend abhalten. ...

Staatssekretär Frhr. v. Malsahn anerkennt den Rückgang der mit Tabak bebauten Flächen seit 1879/80 habe in der Beobachtung ein Steigen und Fallen stattgefunden. ...

Abg. Graf Voß befürwortet im Interesse der Tabakbauer am Niederrhein eine Herabsetzung der drückenden Tabaksteuer und, wenn möglich, eine Erhöhung des Zolles auf ausländischen Tabak. ...

Abg. Dr. Bürklin (nat.-lib.) verweist auf das Mißverhältnis zwischen der Tabaksteuer und dem Tabakzoll, verbreitet sich über den Rückgang des einheimischen Tabakbaues und befürwortet im Interesse der Tabakbauer der Pfalz baldige Reform der Tabaksteuer.

Abg. Dr. Barth (dir.) erklärt sich entschieden gegen eine Einführung des Tabakzolles und empfiehlt den deutschen Tabakbauern die Anpflanzung besserer Tabaksorten. ...

Abg. v. Winterfeldt (konj.) führt aus, daß in seinem Wahlkreis (Uckermark) der Tabakbau nicht zurückgegangen sei. ...

Abg. Wolfenbühl (Soz.) empfiehlt den konservativen und national-liberalen Freunden der deutschen Tabakbauer, recht viel deutschen Tabak zu rauchen, damit der Konsum gehoben werde, aber gerade diese Leute wollten von Pfälzer Zigarren nichts wissen. ...

Abg. Clemm (natl.) erklärt sich ebenso wie die Abgg. Fluieger (Volkspartei) und Tröltzsch (natl.) für besseren Schutz des einheimischen Tabakbaues.

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Nach debattelofer Erledigung einiger Rechnungssachen verläßt sich das Haus bis morgen 1 Uhr. (Zweite Beratung der Bucherlebnisse und des Entwurfs über den Verrat militärischer Geheimnisse.) Schluß 4 1/4 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 13. April, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.

§ 1 bestimmt, daß die Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuer gegenüber der Staatskasse außer Hebung gesetzt werden.

Abg. Dr. Meyer (dir.): Mit großer Majorität hat die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt, aber nicht mit Einstimmigkeit. Die freisinnige Partei hält ihren Widerspruch gegen die „Reform“ aufrecht. ...

Finanzminister Dr. Miquel: Gerade der jetzige Landtag ist zur Beendigung der Reform geeignet, da er sich in den Grundgedanken derselben einig ist. Dieser Grundgedanke ist schon vor zwei Jahren vom Landtage gutgeheißen worden. ...

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (konj.): Der Abg. Meyer hat uns gewissermaßen den Vorwurf gemacht, daß wir nicht loyal unseren Wählern gegenüber gehandelt haben, da wir ihnen nicht Gelegenheit gegeben haben, ihre Ansicht über die Steuerreform bei Neuwahlen kundzugeben. ...

Abg. Schmidt-Ertelens (Str.): Die Grundsteuer hat nicht den Charakter einer Rente, sie hat den Charakter einer Doppelbesteuerung, und darauf ist ihre Beseitigung eine Nothwendigkeit. ...

Abg. Dr. Krause (nl.): Wir halten aus denselben Gründen, wie Graf Limburg sie angeführt hat, den Abschluß der Steuerreform für nothwendig. ...

so hat die Kommission zu unserer Freude die härtesten Bestimmungen beseitigt. Der Standpunkt, die aus § 82 des Einkommensteuergesetzes angeammelten Fonds zur Deckung des durch die Ueberweisung eintretenden Einnahmeausfalles zu verwenden und erst, wenn diese Fonds aufgebraucht sind, eine Ergänzungssteuer einzuführen, wird von uns nicht getheilt. ...

Abg. Dr. Bachem (Str.): Ich halte es für richtig, daß man einem solchen Gesetz einen agrarischen Charakter giebt, da die Grundbesitzer am meisten belastet sind. ...

Minister Dr. Miquel: Ich theile den Wunsch des Vorredners, daß, wenn die Ergänzungssteuer mehr ergeben sollte als der Anschlag annimmt, dies Mehr zur Schuldentilgung verwandt werde. ...

Abg. v. Tiedemann-Bomst (fl.) erklärt, seine Partei sehe in der Steuerreform einen wesentlichen Vortheil zum Wohle des Vaterlandes und sei bereit, nahezu einstimmig für sie einzutreten. ...

Abg. v. Chyren (nl.): Ich bin mit dem Grundgedanken der Steuerreform einverstanden. ...

Gehelmrath Wallach verweist auf die Denkschrift, wonach der Ueberschuß aus der Einkommensteuer für das Jahr 1892/93 42 500 000 M betragen werde.

Abg. Barth (fl.) führt aus, daß die Grundsteuer weder eine Rente sei, noch wie eine Rente wirke. ...

Abg. Dr. Meyer (Berlin; dir.): Die Theorie von der Rentennatur der Grundsteuer ist sehr alt. Ich schließe mich dieser Theorie an. Die Grundsteuer ohne jeden Entgelt aufzugeben, halte ich für ungerecht. ...

Abg. v. Kroeber (l.) erklärt sich mit der Steuerreform im Ganzen und den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Es entspricht nicht einer gesunden Steuerpolitik, den Fonds aus der Einkommensteuer zu anderen Staatszwecken zu verwenden als zur Steuererleichterung. ...

Die Erörterung wird nunmehr geschlossen und § 1 gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen.

Nach § 2 werden ferner außer Übung gesetzt die von den Bergwerken in den älteren rechtsrheinischen Landestheilen zu entrichtende Aufsichtsteuer und Bergwerksabgaben sowie die in den übrigen Landestheilen zu entrichtende Bergwerksabgabe.

Abg. Schmidt (Warburg; Str.): Ich habe mich mit einem Antrage getragen, wonach durch besonderes Gesetz festgesetzt werden sollte, welche Entschädigung die Bergwerke für Aufhebung dieser Steuer zu zahlen hätten. ...

Abg. Engels (frk.) erklärt sich gegen den Gedanken der Zahlung einer Ablösungssumme.

Abg. Dr. Bachem (Str.) und Finanzminister Dr. Miquel weisen darauf hin, daß die Kommissionsanfrage so eingerichtet ist, daß die Realberechtigten beruhigt sein können.

Die Abgg. Dr. Krause (nl.) und Genossen beantragen Einfügung eines neuen § 2a, wonach die Besitzer von Aktien einer zur Staatseinkommensteuer herangezogenen Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien die Minderung ihrer Staatseinkommensteuer zu verlangen berechtigt sind, und zwar um den Betrag, um welchen sich das Einkommen der Aktionäre erhöht haben würde, falls die auf die Ueberschüsse der Gesellschaft treffende Steuer gleichfalls unter die Aktionäre vertheilt worden wäre. ...

Nach Begründung des Antrags durch den Antragsteller führt Generalsteuerdirektor Burghart aus: Dieser Antrag würde bei seiner Durchführung sehr viel Mißthimmung herbeiführen. Die Frage selbst wird seit 30 Jahren behandelt. ...





